

DeSaFor – Newsletter

Ausgabe September 2021



"It is easy to break down and destroy. The heroes are those who make peace and build"

Liebe Mitglieder und Freunde von DeSaFor,
mit diesem Newsletter melden wir uns aus der Sommerpause zurück.

Die vergangenen Monate waren in und für Südafrika eine besonders ereignisreiche und zugleich für die politische und gesellschaftliche Entwicklung sehr herausfordernde Zeit. Es ist wohl nicht übertrieben zu sagen, dass Südafrika einige Tage am Rand einer landesweiten, sehr viel größeren und gewalttätigen Auseinandersetzung stand. Besonnene Bürger*innen haben gemeinsam mit der Polizei Schlimmeres verhindert.

Wir können die Geschehnisse letztlich nur aus der Distanz beobachten und auch nur sehr eingeschränkt bewerten. Deshalb sind wir froh über zahlreiche Berichte, die wir aus Südafrika erhalten haben und die es uns ermöglichen, Ihnen in dieser Ausgabe ein Bild aus verschiedenen Perspektiven zu vermitteln.

Dazu gehört auch, dass wir – entsprechend gekennzeichnet – persönlicher Meinung und Einschätzung einen Platz bieten wollen. Wir laden Sie herzlich ein, sich mit Ihren Kommentaren dazu zu äußern oder mit Ihren eigenen Positionen in einen Diskurs einzubringen. Denn wir verstehen uns ja auch als ein Forum mit einem breiten Spektrum an Erfahrungen und Einsichten, und wir würden uns sehr darüber freuen, wenn es gelingt, den Austausch im Kreis der Mitglieder und Interessenten darüber noch lebhafter zu gestalten.

Dabei wollen wir natürlich vermeiden, nur aus deutscher Sicht über Südafrika zu diskutieren, sondern wollen Stimmen aus Südafrika noch stärker einbeziehen, als uns das bislang gelungen ist. Wir freuen uns deshalb sehr, dass wir für unsere nächste „**Let's talk**“-**Veranstaltung am 28. September 2021** mit **Yacoob Abba Omar** einen politischen Analysten begrüßen können, der bereits vor einigen Jahren in Szenarien vor Unruhen gewarnt hat. Als Mitglied der Leitung des vor 10 Jahren gegründeten Think-Tanks *Mapungubwe-Institutes for Strategic Reflection*, setzt er sich konstruktiv-kritisch mit der politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung Südafrikas auseinander (www.mistra.org.za)

Und natürlich freuen wir uns auf ein baldiges persönliches Wiedersehen mit Ihnen. Wir hoffen, dass wir unseren Plan verwirklichen und die **Mitgliederversammlung am 20. Oktober 2021** mit Ihnen gemeinsam in der Mendelssohn-Remise in Berlin-Mitte durchführen können. Als Gast konnten wir den **Botschafter Südafrikas in Deutschland, S.E. Stone Sizani**, gewinnen, der uns von Beginn unterstützt hat und gern unserer Einladung gefolgt ist.

Apropos Botschafter – die deutschen Auslandsvertretungen in Südafrika haben neue Leitungen. In diesem Newsletter stellen wir Ihnen die **Generalkonsulin in Kapstadt, Frau Tanja Werheit**, und den neuen **Botschafter in Pretoria, Andreas Peschke**, vor. Wir freuen uns schon auf einen intensiven Austausch in der Zukunft und wünschen einen guten Start!

Mit besten Grüßen
Ihr Vorstand und Ihre Geschäftsführung



**Unsere nächsten
Veranstaltungen:**

28. September 2021, 18h00

Video-Diskussion:

Let's talk about....

**July uprisings, the ANC divisions
and the end of ZONDO-Commission:
will we finally see a bolder
Ramaphosa Presidency?**

Jürgen Koch im Gespräch mit
Yacoob Abba Omar, Verwaltungsdirektor des
Mapungubwe Institutes for Strategic Reflection

Anmeldung:

mitgliederservice@desafor.de

20. Oktober 2021, ab 18h00

Mendelssohn-Remise
Jägerstraße 51, Berlin-Mitte

**Mitgliederversammlung
und anschließende öffentliche
Veranstaltung mit dem
südafrikanischen Botschafter,
S.E. Stone Sizani**

Deutsch-Südafrikanisches-Forum e.V.

www.desafor.de

Kontakt:

info@desafor.de

Adresse:

DeSaFor
c/o K. Brückner
Ringstraße 101b
12203 Berlin

Schafft Cyril Ramaphosa die Wende?

Die Juli-Unruhen und ihre Folgen

Im Juli 2021 stand Südafrika am Rande des Abgrunds. Nachdem sich der frühere Staatspräsident Jacob Zuma am 08. Juli 2021 im wahrsten Sinne erst in letzter Minute in die Hände der Polizei begab, um eine vom Verfassungsgericht verhängte 15monatige Haftstrafe wegen mehrfacher Missachtung der Vorladung durch die mit richterlicher Gewalt ausgestattete ZONDO-Kommission anzutreten, löste dies die von seinen Anhängern offenbar gut orchestrierten Unruhen aus. Sie hätten ihn zwar nicht vom Haftantritt befreien können, wollten aber offensichtlich verdeutlichen, dass Präsident *Cyril Ramaphosa* nicht die notwendige Autorität zur Führung des Landes besitzt. Letztlich stand hinter dem „Beinahe-Staatsstreich“ das Bestreben, der gut vernetzten, von Zuma protegierten (Partei-)Elite auch weiterhin ungehinderten Zugang zu den „Fleischtöpfen“ zu gewährleisten.

Sehr schnell nutzten kriminelle Elemente vor allem in Kwa Zulu Natal (dem Herkunftszentrum Zumas) und Gauteng (dem Wirtschaftszentrum des Landes) die eskalierenden Unruhen, um etwa an der Autobahn N 3 zwischen Durban und Johannesburg Ladungen von LKWs zu stehlen und diese dann in Brand zu stecken. Als nächstes kamen Supermärkte und Einkaufszentren („Malls“) an die Reihe, wo zunächst arme und ärmste Bürger ihre Chance sahen, sich mit Lebensmitteln etc. einzudecken, und wo sodann auch Angehörige des Mittelstands im großen Stil Haushaltsgeräte und andere Waren stahlen. Häufig endeten diese Plünderungen in Vandalismus und Brandschätzungen.



Die Polizei hielt sich bei der Bekämpfung auffällig zurück. Nachdem er zunächst lang gezögert hatte, entsandte der Präsident 25.000 Soldaten. Zusammen mit dem mutigen Eingreifen von Bürgern, die „ihre“ Läden und Einkaufszentren vor weiteren Plünderungen und Brandstiftungen schützten, führte dies nach 10 Tagen zu einer Beruhigung der Lage. Mutig demonstrierten die Menschen damit ihren Willen, der drohenden Anarchie ihren unbedingten Willen der Verteidigung von Recht und Ordnung entgegenzusetzen. Allerdings kam es dabei nördlich von Durban zu Exzessen, bei denen 37 Zulus von Indern erschossen wurden, die ihr Eigentum mit Waffengewalt verteidigten.



Am Ende waren landesweit 357 Tote, tausende Verletzte und wirtschaftliche Schäden in Höhe von mindestens 50 Mrd. Rand (ca. 2,9 Mrd. €) zu beklagen, wobei die Folgen unterbrochener oder verzögerter Lieferketten sowie der Zerstörung von öffentlicher Infrastruktur darin noch nicht eingerechnet sind. Die Konsequenzen gerade auch für die ohnehin gebeutelte Volkswirtschaft sind enorm (COVID-Pandemie, aber z.B. auch die durch fehlende Bauteile und vergleichsweise hohe Lohnkosten belastete KFZ-Industrie als wichtigster Exportzweig). Die schon jetzt weltweit höchste Arbeitslosigkeit wird zwangsläufig weiter steigen (derzeit lt. offizieller Statistik 37,4 % bei über 60% Jugendarbeitslosigkeit; berücksichtigt man „nicht Arbeitswillige“ beträgt die Arbeitslosenrate rd. 47 %).

Wie konnte es in so kurzer Zeit zu diesen Gewaltausbrüchen kommen?

Vorrangig dürfte die Wut der benachteiligten Bevölkerungsschichten über die maßlose Bereicherung der korrupten, mit dem ANC vernetzten Eliten maßgeblich gewesen sein, die sich seit Jahren aufgestaut hat und sich durch den ‚zündenden Funken‘ der von den Zuma-Anhängern ausgelösten Unruhen entzündete.

Hinzu kommt die sich immer weiter öffnende Schere zwischen Einkommen und Vermögen weißer und zunehmend auch schwarzer Eliten und der weit überwiegend schwarzen armen Bevölkerungsmehrheit. Sie konnte seit der südafrikanischen Zeitenwende keinerlei wirkliche Verbesserung ihrer sozio-ökonomischen Lage verzeichnen. Im weltweiten Vergleich mit 147 Ländern verzeichnet Südafrika im laufenden Jahr mit einem Wert von 63 den höchsten *Gini-Koeffizienten* (Anmerkung: Maß für Ungleichheit – 0 = völlige Gleichheit / 100 = höchste Ungleichheit). Das betrifft inzwischen auch eine stetig wachsende Zahl von Weißen, die unter der Armutsgrenze in eigenen Townships leben.

Zu einem allerdings eher geringen Teil dürfte auch die latente Ausländerfeindlichkeit die Ausschreitungen befeuert haben.



Allein aus Simbabwe stammen ca. 3 - 4 Millionen Migranten, was ca. 25 % der dortigen Bevölkerung ausmacht. Sie arbeiten in Südafrika und versuchen durch Rücküberweisungen den nötigsten Lebens-

unterhalt für die breite Masse der Bevölkerung in ihrer Heimat sicherzustellen.

Zudem nimmt die Zahl von Migranten aus weiter entfernten Ländern zu, vor allem aus dem Kongo, Ghana und Eritrea.

Hat bzw. bekommt der Präsident die Lage in den Griff?

Erneut stellen sich die Fragen: Kann Präsident *Ramaphosa* die in ihn gesetzten Erwartungen erfüllen? Warum sind noch so viele Zuma-Günstlinge im Amt? Diese und andere Fragen zur künftigen Entwicklung beschäftigen nicht nur uns, sondern werden auch in der glücklicherweise freien und durchaus offenen und kritischen Presse in Südafrika laufend thematisiert.

Zunächst verdient festgehalten zu werden, dass beim Amtsantritt des Präsidenten das endemische Ausmaß der Korruption unterschätzt wurde, obschon nahezu alle Südafrikaner*innen davon betroffen gewesen sein dürften. Erst die – ironischerweise bereits von Präsident Zuma eingesetzte – sog. Zondo-Kommission

(benannt nach dem Stellvertretenden Vorsitzenden des Verfassungsgerichts) hat in den 42 Monaten ihres Bestehens in ihren Anhörungen den Umfang als „systemische Korruption“ klassifiziert.

Von dem „System Zuma“ profitierten nicht nur, wie andernorts, Mächtigsten, sondern auch zahllose Angehörige der mittleren Ministerialebene und vergleichbarer Positionen in den Staatsbetrieben (wie z.B. ESKOM, Transnet, South African Airways, selbst die bis vor kurzem noch profitable Waffenschmiede DENEL).

Die korruptionsfördernde Ämterpatronage wurde allerdings in gewisser Weise bereits durch Präsident Mbeki ‚salonfähig‘ gemacht, als er sich 1997 auf dem 50. ANC-Parteitag von *Mafikeng* für das sog. „cadre-deployment“ aussprach und damit der Entsendung von Parteikadern in hohe und höchste Positionen der Regierung,

halbstaatlicher Institutionen und staatlicher Unternehmen Tür und Tor öffnete. Damit nahm der ANC für sich in Anspruch, loyale Mitglieder auch unabhängig von ihrer Qualifikation in wichtige Entscheidungspositionen und hohe und höchste Ämter zu befördern.

Ähnliche Effekte bewirkte das *Broad Based Black Economic Empowerment (BBBEE)* in vielen – auch zahlreichen privaten – Unternehmen, und verursachte zudem erhebliche Mehrbelastungen

Präsident des ANC würde erhebliche Einbrüche verursachen und wäre für ihn auch politisch hoch riskant.

Mit der rechtsstaatlichen und juristischen Aufarbeitung nimmt er allerdings erhebliche Verzögerungen in Kauf. Die Staatsanwaltschaft verfügt trotz einiger Verstärkung immer noch nicht über das notwendige Personal und ausreichende finanzielle Mittel, und die Beweisführung in Strafprozessen bedarf einer deutlich intensiveren Vorbereitung. Jedoch hat *Ramaphosa* weitere auf die Korruptionsbe-

Cyril Ramaphosa sind die Hände gebunden



Es wurde viel für und gegen den Führungsstil von Präsident Cyril Ramaphosa geschrieben. Vor kurzem stieß ich in Michael Jones' Buch ‚Stalingrad - How The Red Army Triumphed‘ auf diese Anekdote über Wassili Tschuikow, den russischen General der 62. Armee, die Stalingrad erfolgreich verteidigte. Obwohl er im Westen kritisiert wurde, wurde Tschuikow von seinen Männern für seine außergewöhnliche Führung unter erschreckenden Bedingungen geliebt. Ich glaube, dieses Zitat beschreibt kurz und

bündig Ramaphosas Position innerhalb des ANC: "Tschuikow antwortete bissig: 'Das erinnert mich an die Geschichte von dem Mann, der einen Bären gefangen hat. 'Bring ihn her', sagte jemand. 'Das kann ich nicht', rief er, 'er lässt mich nicht'." Quelle: „Letter to Business Day“ – Dr. L. Jacobsen – 2.9.21

durch größere Bürokratie, unentgeltliche Übertragung von Unternehmensbeteiligungen oder Vergabe wichtiger Positionen an Angehörige ehemals benachteiligter Bevölkerungsgruppen („previous disadvantaged people“).

Präsident C. *Ramaphosa* hat sich aber wohl bewusst für den indirekten und weniger anfechtbaren Weg der Korruptionsbekämpfung durch strafrechtliche Verfolgung entschieden, wie der Publizist *J.P. Landman* in ebenso klaren wie überzeugenden Worten ausführte ([hier](#)). Er versucht damit, den Eindruck „politischer Prozesse“ bzw. einer politisch motivierten Säuberung zu vermeiden. Ein konsequenteres Vorgehen als Staats- und Regierungschef mit der Folge von Suspendierungen und Amtsenthebungen von Führungskräften im Staat oder als

kämpfung spezialisierte Untersuchungsbehörden geschaffen oder bestehende verstärkt. So verdoppelten sich seit seinem Antritt die angeordneten Sonderuntersuchungen von evidenter Mittelverschwendung bzw. -missbrauch in staatlichen Kassen im Vergleich zu den 16 Jahren davor („state capture = Kaperung des Staates). Beim staatlichen Elektrizitätsversorgungs-Monopolisten ESKOM wurden inzwischen 59 Angestellte entlassen, 1.049 Disziplinarmaßnahmen eingeleitet und 3,8 Mrd. ZAR (etwa 320 Mio Euro) von 13 Personen zurückgefordert. Gegenwärtig laufen weitere 90 Untersuchungsverfahren. Angesichts von geschätzten 1,5 Billionen Rand (€ 90 Mrd.) akkumulierter Korruptionsfolgen in den „9 verlorenen Jahren unter J. Zuma“ wirken diese Zahlen jedoch lächerlich gering. Aber auch hier zählt die Signalwirkung.

Allerdings hat der Präsident bei seiner letzten Anhörung Ende Juni vor der Zondo-Kommission das „cadre-deployment“ des ANC verteidigt, obwohl es als eine der Ursachen für die endemische Korruption gilt und auch vom Verfassungsgericht als verfassungswidrig angesehen wird.

Nach der zunächst für Ende September aber nun wohl doch zu einem späteren Zeitpunkt erwarteten Vorlage des Berichts der Zondo-Kommission, deren Untersuchungen Ende Juni abgeschlossen wurden, wird die Einleitung zahlreicher weiterer Straf- und anderer Untersuchungs- bzw. Rückforderungsmaßnahmen erwartet.

Hinzu kommen aktuelle Feststellungen, dass 11,3 % der für die Bekämpfung der COVID-Pandemie vorgesehenen Waren und Dienstleistungen im Umfang von 34 Mio Euro in dunkle Kanäle geflossen sind; sie sollen zeitnah zurückgefordert werden. Der wegen seiner kompetenten Amtsführung zuvor hoch angesehene Gesundheitsminister *Zweli Mkhize* trat zurück, nachdem sich der Verdacht erhärtete, dass Familienangehörige von diesen Mitteln unrechtmäßig profitierten.

Nach Beendigung der Unruhen, mit der Kabinetttumbildung sowie mit weiteren Maßnahmen wird nun erwartet, dass *Cyril Ramaphosa* künftig in begrenztem Umfang über etwas größere Spielräume bei der Umsetzung seiner Ziele verfügt.

Umbildung des Kabinetts – Befreiungsschlag oder „window-dressing“?

Die schon seit längerem erwartete und in der Presse diskutierte Kabinetttumbildung hat zunächst allerdings nicht zu der erhofften Reduzierung der Zahl der Ressorts oder der Streichung von Posten für Minister*innen und ihre Stellvertretungen geführt.

Die wichtigsten Veränderungen sind:

- Der zurückgetretene Gesundheitsminister *Mkhize* wurde durch seinen bisherigen Stellvertreter *Joe Phaala* ersetzt;
 - das Sicherheitsministerium, das die Geheimdienste steuert, wird direkt dem Präsidialamt unterstellt und von der bisherigen Ramaphosa-treuen Stellvertretenden Ministerin *Zizi Kodwa* geleitet – eine mit Blick auf die dadurch ausgeweitete Macht der *Presidency* nicht unumstrittene Entscheidung;
 - der amtsmüde Finanzminister *Tito Mboweni* wurde durch den ANC-Parteifunktionär *Enoch Godongwana* ersetzt; dieser musste 2012 als Stellvertretender Minister wegen Korruptionsvorwürfen zurücktreten und war zuletzt im ANC *National Executive Committee (NEC)* für Transformationsprozesse (u.a. für die Frage entschädigungsloser Entzignung) zuständig;
 - die auf lange Sicht wichtigste Neubesetzung ist die Übertragung des Verteidigungsministeriums an *Thandi Modise*, die sich zuletzt als Vorsitzende des Parlaments (*Speaker*) aufgrund ihrer relativ unabhängigen Amtsführung einen Namen gemacht hatte. Aufgrund ihrer guten Reputation als frühere stellvertretende ANC-Generalsekretärin und als Premier der Provinz Nordkap wird sie in der südafrikanischen Presse auch als mögliche künftige Vizepräsidenten „gehandelt“;
 - im Gegenzug wird die bisherige und als besonders Zuma-loyal eingeschätzte Verteidigungsministerin *Nosiviwe Mapisa-Ngakula*, dem Parlament als *Speaker* vorgeschlagen.
- Der Gewerkschaftsdachverband *COSATU* zeigte sich enttäuscht darüber, dass der Präsident die Möglichkeiten zur Verschönerung des Kabinetts und zur Entlassung weiterer wenig überzeugender Minister/innen nicht genutzt habe. Kritisiert wird ferner, dass er die Gelegenheit nicht nutzte, um die Ministerin für „traditional affairs“ (Stammesangelegenheiten) *Dr. Nkosazana Dlamini-Zuma* zu entlassen, die immer noch als Anhängerin ihres

geschiedenen Ehemannes *Jacob Zuma* gilt. Als ebenso unverständlich gilt, dass Polizeiminister *Bheko Cele* im Amt belassen wurde, obwohl er während der Unruhen auffällig zögerlich handelte.

Weitere Umbesetzungen bei den Leitungen der Ministerien für Tourismus, Energie und Kommunikation, sind ebenfalls von Bedeutung, weil sie für Wachstum und Arbeitsplätze wichtig sind.

Ein – vorläufiges - Fazit

Diese Rochaden und die unterbliebene Straffung belegen, dass der international und in Afrika hoch geschätzte *Cyril Ramaphosa* sowohl als Staats- und Regierungschef als auch als ANC-Präsident in seiner Entscheidungsfreiheit immer noch stark eingeschränkt ist und auf zu viele Kräfte im ANC Rücksicht nehmen muss (ethnische Verteilung, parteiinterne Fraktionen). Immerhin konnte er nun wichtige Positionen mit Vertrauten besetzen. Der Silberstreif am Horizont hat sich verbreitert, aber Mut zu einem kraftvollen politischen und damit auch wirtschaftlichen Aufschwung sieht anders aus. Eine Spaltung des ANC scheint immer wahrscheinlicher, zumal die „dominierende Rolle der *Zumaisten*“ und ihrer „Vorfeldtruppen“, den *Economic Freedom Fighters (EFF)*, sowie die vom suspendierten ANC-Generalsekretär *Ace Magashule* angeführten Befürworter einer *Radical Economic Transformation (RET)* zu bröckeln beginnen. Ein wichtiges Signal in dieser Richtung ist die zunehmend regierungskritische Haltung des Gewerkschaftsdachverbands *COSATU*, dessen Gründer und Generalsekretär *Ramaphosa* einst war und der über Jahrzehnte den ANC fast kritiklos unterstützte und für die Stimmenbeschaffung maßgeblich war. Südafrika ist also noch lange nicht auf dem Weg in eine nachhaltig bessere Zukunft. Aber Alternativen zum gegenwärtigen Präsidenten und zu seiner Politik sind nicht erkennbar.

Hans-Werner Bussmann

Peter Senft

Stellv. Vorsitzender von DeSaFor
„MEINE MEINUNG.....“

Südafrika – warum ist alles so gekommen? Südafrika – Quo Vadis?

Die Nachrichten aus Südafrika sind verstörend. Das Land am schönsten Ende der Welt wurde bisher in der Welt, und insbesondere in Europa, in einem hellen Licht und mit großem Wohlwollen betrachtet. Die Überwindung von 300 Jahre Kolonisierung und das Ende der jahrzehntelangen, menschenverachtenden Apartheid machten das Land zu einem Sinnbild der Hoffnung.

Die über nahezu fünf Jahrzehnte gewaltfreie Politik des ANC seit der Gründung der Befreiungsbewegung 1912 und die schließlich vom Apartheid-Regime erzwungene Hinwendung zum bewaffneten Kampf seit 1961 sind die Basis für die Befreiung des Landes, bezahlt mit enormem Blutzoll. Diese Befreiung bleibt verbunden mit dem ANC und dem charismatischen Nelson Mandela.

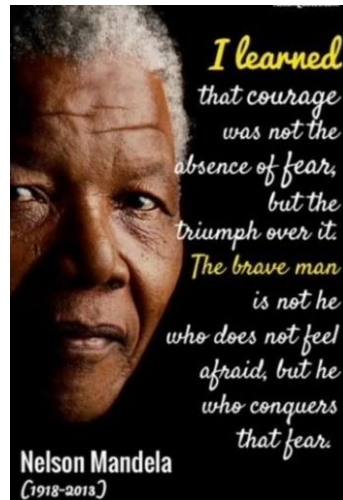
Heute wird gefragt, wo kommt die Gewalt in Südafrika her? Dazu muss man etwas tiefer gehen, als nur die Schlagzeilen in der Presse lesen. Johannes Dieterich im *Tagesspiegel* und Andrea Böhm in der *Zeit* bemühen sich redlich, ein ungeschöntes Bild vom Südafrika der letzten Wochen zu zeichnen.

In jeder Ethnie in Südafrika ist Gewalt zentraler Bestandteil der Kulturen. Das mag man nicht gern hören, ist aber allgegenwärtig, wenn man sich im Lande aufhält. In jeder der Ethnien gibt es hingegen kleine Gruppen, die eben diese Gewalt ablehnen. Leider haben sie wenig Einfluss. Bis heute lebt in den Begrüßungsritualen in Südafrika das Bewusstsein

dieser Kulturen der Gewalt weiter. Indem man die „Angriffshand“ so reicht, dass sie zu einem Angriff nicht geeignet ist, signalisiert man seinem Gegenüber, dass man nicht angreifen will.

Der ANC mit seinem jahrzehntelangen enormen Rückhalt in der Bevölkerung, gleich ob schwarz oder farbig - bei der weißen Bevölkerung nur zum geringen Anteil - ist der Motor für die Befreiung von Kolonialismus und Gewaltherrschaft der Wenigen gewesen. Das bleibt. Der Zuspruch zum ANC nimmt jedoch kontinuierlich ab.

In den Jahrzehnten seit 1994 hat sich eine demokratische Gesellschaft entwickelt, ein Bewusstsein, dass man mit Wahlen einen demokratischen Staat aufbauen kann. Dies galt unter den Präsidenten



Nelson Mandela und Thabo Mbeki. Geändert hat sich das unter Präsident Jacob Zuma, allerdings mit Unterstützung der Mehrheit im ANC. Schon vor dem Amtsantritt von Jacob Zuma verbreitete sich die Forderung,

„nun sind erst einmal die Schwarzen und Farbigen dran“. Gemeint waren die Fleischtöpfe mit den guten Einkommen ohne entsprechende Leistung. Unter Jacob Zuma nahm dies extreme Formen an. Vorsichtige Schätzungen gehen davon aus, dass der Zuma-Clan und dessen Freunde Südafrika Schäden im Umfang mehrerer Milliarden € zugefügt haben, öffentliche Finanzen die an allen Ecken und Enden fehlen, wie in der Corona Pandemie deutlich wurde.

Es waren und sind aber nicht nur die Familien Zuma und deren „Ziehkinder“ in

der Familie Gupta, es sind die vielen Gewinner, denen gut bezahlte Posten in den Verwaltungen der Ministerien, in den Provinzverwaltungen und in den Staatsbetrieben verschafft wurden und die nichts zum Wohle der Mehrheit getan haben, genau wie die ehemaligen weißen Posteninhaber des Apartheid-Regimes, die sich bis 1994 um mehr als 95% der Bevölkerung nicht gekümmert haben.

Diese Mehrheit der Bevölkerung wartet bis heute darauf, dass sie am Wohlstand des Landes beteiligt wird, etwa durch Tarifverträge, wie dies u.a. in der Automobilindustrie in Südafrika beispielhaft umgesetzt wurde. Allein in der Zulieferindustrie für die Automobilindustrie klappt dies schon weniger; gerade in diesem Industriebereich sind noch viele weiße Familien tonangebend, die über die mittelständischen Betriebe Strukturen der Apartheid fortführen, wenig beachtet von den heutigen politischen Eliten.

Wer in Südafrika durch die Townships geht, wahrlich nicht durchgängig Slums, wird feststellen, dass die hier lebenden Menschen mit ihren geringen Einkommen sich in einer Weise einrichten und immer am Rande des Existenzminimums mit Fleiß und Sauberkeit einen Rahmen für eine bürgerliche Existenz schaffen, der nachhaltig beeindruckt. Vergleicht man dies mit ähnlichen Strukturen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Nordafrika, wird deutlich, wo der Unterschied zwischen Nord und Süd in diesem Kontinent ist. Der Süden ist für den Norden ein Beispiel.

Man muss sich auch in Erinnerung rufen, was zwischen der Freilassung von Nelson Mandela im Jahr 1990 und seiner Wahl zum Staatspräsidenten 1994 passiert ist. Es loderte ein schrecklicher Bruderkampf unter den schwarzen Ethnien in Südafrika bei dem 20.000 Schwarze starben – kein Weißer war betroffen. Dieses dunkle Kapitel auf dem Weg zur demokratischen Republik Südafrika wird bei uns in Europa

häufig vergessen, ist aber eine der Erklärungen, wo die Gewalt in Südafrika herkommt. Es wird eben heute sehr genau hingesehen, welche Ethnie an die Fleischtöpfe und Pfründe kommt. Der Neid und die Feindschaft unter schwarzen Ethnien sind fast so ausgeprägt wie zwischen Schwarzen und Farbigen als „Gesamtnethnie“ einerseits und Weißen andererseits.

Seit 1994 wurde es versäumt, mit einem „Bildungssystem für alle“ gegen eine Vergangenheit des Unwissens und die Zementierung der Schranken zwischen den Ethnien zu kämpfen. Bis heute muss man in Südafrika auf jeder Ebene der Schulstufen Schulgeld bezahlen. Der häufig gehörte Hinweis, dass es nur geringe Beiträge seien und es Stipendien gebe, greift nicht. Ein Land am Beginn einer Demokratie verträgt auch nicht die geringsten Summen von Schulgeld für Schülerinnen und Schüler oder Stipendien. Dies ist zu jeder Zeit alleinige Aufgabe des Staates. Die von Zuma geraubten Milliarden sind daher auch ein Raub an Schülern und Studenten.

Die enormen Summen, die der Zuma Clan beiseitegeschafft hat, machen nur deutlich, wie reich Südafrika ist, aber eben nicht alle am Reichtum beteiligt werden.

An der Person des derzeitigen Staatspräsidenten, Cyril Ramaphosa, macht sich das Dilemma deutlich. Der frühere Gewerkschaftssekretär und langjährige Generalsekretär der mächtigen Bergarbeitergewerkschaft *National Union of Mine-workers* (NUM) - er war zwar 1985 an der Gründung des Gewerkschaftsdachverbandes COSATU beteiligt, dort aber nie in Führungspositionen - rückte wie viele qualifizierte Gewerkschafter in Positionen der Wirtschaft, die früher von Weißen besetzt waren. Sein enormes Einkommen setzte er geschickt ein und wurde innerhalb von wenigen Jahren zum Rand-Milliardär. Karrieren wie diese gibt es in Südafrika zu Hunderten. Bei Cyril Ramaphosa kommt hinzu, dass er - jeweils als Stellvertreter von Jacob Zuma - als

Vizepräsident des ANC und Vizepräsident in der Regierung, während der Ausbeutung des Staates durch den Zuma-Clan an entscheidenden Stellen saß und nichts gegen den Raub von Staatsgeldern unternahm. Ramaphosa ist wegen Untätigkeit Teil des Ausbeutungssystems.

Heute versucht Ramaphosa mit treuen Augen im Fernsehen die Menschen zur Ruhe zu bewegen und die internationale Staatengemeinschaft um finanzielle Hilfen in der Corona Krise zu bitten. Diese hohlen Erklärungen sind in den Augen vieler Südafrikaner, nicht nur in den Townships Südafrikas, der blanke Hohn.



Die Regierung in Südafrika und mit ihr die Parteien im Parlament haben ihre Reputation in der Wahlbevölkerung total verspielt. Die Parteien in Regierungsverantwortung haben nicht zum Wohle des Volkes gearbeitet, die Parteien der Opposition haben es nicht geschafft, eine seriöse Alternative zur Regierung zu entwickeln. Es stellt sich die Frage: Wer hat in Südafrika in den letzten Jahrzehnten ganz persönlich dazu beigetragen, die wirtschaftliche Situation zu verbessern, das Bildungssystem zu stabilisieren geholfen und aktiv politisch und kulturell gegen Gewalt gekämpft?

Südafrika braucht dringend eine Katharsis, so wie die Bundesrepublik in den 60er Jahren eine Katharsis brauchte, um die dunkle Vergangenheit aus zwei Weltkriegen und die braune Vergangenheit zu überwinden. Die Demokratie in der Verfassung gibt es in Deutschland seit 1949, die Demokratie in den Köpfen in Deutschland entwickelte sich in breiter Form erst Jahrzehnte später. Dabei spielte die

Jugend und vor allem Studenten in den 1960er Jahren eine wichtige Rolle. Diese Phase steht Südafrika noch bevor.

Selbstverständlich ist die Situation in Südafrika nicht mit den Gräueln der Nazis zu vergleichen. Allerdings ist es ratsam, sich die Auswege aus der gesellschaftlichen Zwangssituation anzusehen. Da können Verhaltensmuster aus der Aufarbeitung der deutschen Vergangenheit aus den 1960er Jahren helfen. Es geht nur mit einer direkten Konfrontation mit den Fakten. Das muss öffentlich geschehen, mit Namensnennung der Kritiker und der Kritisierten. Das muss in Presse und Medien passieren. Die Kritisierten müssen ebenso öffentlich mit Gesichtern präsentiert werden wie die Kritiker. Die Wahrheitskommission war ein erster Schritt. Es fehlt an weiteren Schritten.

Das wird zu schmerzlichen Brüchen führen. Das wird Familien trennen, das führt zu Arbeitsplatzverlusten bei Kritikern und Kritisierten. Es wird nicht anders gehen. Es gibt keine Katharsis „light“.

Nur wenige junge Weiße haben in den 80er Jahren den Wehrdienst in Südafrika verweigert und erhebliche persönliche Konsequenzen in Kauf genommen, weil sie nicht mit Gewalt gegen schwarze und farbige Südafrikaner in Südafrika und den Nachbarländern die Apartheid sichern wollten und dies öffentlich bekundet haben. Das darf auch außerhalb Südafrikas nicht vergessen werden. Leider ist das im Südafrika von heute wenig präsent.

Zurück zur Gewalt der letzten Wochen. Hier gab es ein Versagen in den Ethnien der schwarzen und farbigen Bevölkerung. Andererseits haben Schwarze in Soweto und Alexandra ihr eigenes Hab und Gut und das ihrer Nachbarn unter großer Gefahr verteidigt. Diejenigen, die für die Gewaltausbrüche zuständig waren, müssen nicht nur strafrechtlich belangt werden, jetzt ist auch die Gesellschaft gefragt, die Familien, die Gewerkschaften und die zivilen Organisationen. Ohne gesellschaftliche Sanktionen wird nichts verändert werden.

In den Gewerkschaften wird derzeit unbeeindruckt von den Gewaltausbrüchen wie in den letzten Jahrzehnten diskutiert, ob die Wirtschaftspolitik durch Aktionen von ihrem kapitalistischen Kurs abgebracht werden kann. Eine Diskussion im Elfenbeinturm im Vergleich, was auf den Straßen passiert. Die Diskussion über eine soziale Ausrichtung der Wirtschaft ist wichtig. Eine Diskussion über eine Neuausrichtung der Gesellschaft, in der die Wirtschaft nur ein Teil ist, ist aber wichtiger, wenn nicht lebensnotwendiger. Insbesondere in den Wohngebieten der Schwarzen ist der Kirchgang am Sonntag besonders wichtig. Hier wäre der erste Ort, sich der christlichen Wurzeln zu besinnen und sich in der Woche daran zu erinnern, was am Sonntag von der Kanzel gepredigt wurde. Das galt während der Apartheid auch für Weiße; damals hatte man den Eindruck, dass Weiße in der Zeit der Apartheid andere Bibeln hatten. Im konkreten und übertragenen Sinne gilt diese Folgerung auch für Muslime, zu der ein großer Teil der Farbigen gehört, die wöchentlich freitags in die Moscheen gehen. Die Friedensbotschaft des Korans ist mit der Friedensbotschaft der Bibel vergleichbar. In beiden Religionen sind die wenigen extremen Vertreter für viele negative Schlagzeilen gut.

Nun ist es an Politiker*innen, unverzüglich Schritte einzuleiten, um der Gewalt den Boden zu entziehen. Vielleicht besinnen sich die Gewinner aus der Zeit Zumas darauf, einen Teil ihres Reichtums an den Staat zurückzugeben, damit die zurückgezahlten Gelder angemessen zum Wohle der Mehrheit verteilt werden und nicht die Nutznießer eines korrupten Systems als ‚Spender‘ generös entscheiden, wer von ‚ihren guten Taten‘ begünstigt wird. Der Feudalismus ist mit dem Ende der Apartheid besiegt - man hat manchmal den Eindruck, dass dies in der südafrikanischen Gesellschaft nicht bekannt ist.

Peter Senft

International geschätzt – zu Hause gehetzt

Cyril Ramaphosa in Deutschland

Ende August und kurz vor Ende ihrer Amtszeit hatte Bundeskanzlerin Merkel zu einem Treffen des „G 20 – Compact with Africa“ eingeladen. Die 2017 unter deutscher G 20 – Präsidentschaft gegründete Initiative, der sich inzwischen zwölf afrikanische Länder angeschlossen haben, zielt auf die Förderung privater Investitionen auf dem Kontinent. Südafrika hat als einziges afrikanisches Mitglied der G 20 gemeinsam mit Deutschland den Vorsitz dieser Initiative.

Für Cyril Ramaphosa war das kurze G 20-Arbeitstreffen in Deutschland am 26. und 27. August nicht nur eine „Auszeit“ von seinen Problemen zu Hause, sondern auch eine gute Gelegenheit, die von ihm sehr geschätzte Bundeskanzlerin zu treffen.



Auf Einladung der *Deutsch-Afrikanischen Wirtschaftsvereinigung* tauschte er sich am Runden Tisch mit Führungskräften deutscher Unternehmen, zu denen Vertreter von *BASF, Bayer, B Braun, Bosch, Enertrag, HSH Software and Hardware, Hensolt, Lufthansa Consulting, Mühlbauer ID Services, SEON, Siemens, Siemens Energy, SUNFarming, Veridos und Volkswagen* gehörten.

Der südafrikanische Präsident sprach die Teilnehmer als „Freunde Südafrikas“ an und begrüßte die Bereitschaft, weiterhin in seinem Land zu investieren bzw. – wie eines der Unternehmen aus der Start-up-Szene – sich auch neu in Südafrika zu

engagieren. Er versicherte, dass seine Regierung die Wirtschaftsreformen fortsetzen, auch um mehr Investitionen zu ermöglichen. Nur mit einer leistungsstarken Wirtschaft und stabilem Wachstum seien eine Verbesserung der Lebensverhältnisse sowie die Überwindung von Arbeitslosigkeit und Ungleichheit möglich. Insbesondere die Bereiche Energie, Infrastruktur, Telekommunikation, Schienenverkehr und Häfen böten Investoren großes Potenzial sich zu engagieren. Die deutschen Unternehmer zeigten sich insbesondere am Übergang Südafrikas von fossilen Energiequellen zu umweltfreundlichen Alternativen interessiert. Dies eröffne Industrie und insbesondere kleineren und mittleren Unternehmen neue Möglichkeiten und werde positive Effekte für den Arbeitsmarkt mit Blick auf verbesserte Qualifikation und Schaffung neuer Arbeitsplätze haben.

Als weitere Felder besonderen Interesses deutscher Unternehmen wurden die digitale Transformation und die Erzeugung erneuerbarer Energien vor allem im Zusammenhang mit landwirtschaftlichen Flächen und Agrartechnologie genannt.

Ramaphosa begrüßte das offenkundige Interesse der Unternehmen und die Aussichten insbesondere auf einen verstärkten Wissens- und Technologietransfer.

Einmal mehr – so der Eindruck verschiedener Beobachter*innen - zeigten seine überzeugenden und gewinnenden Auftritte im Kreis anderer afrikanischer Staats- und Regierungschefs im Rahmen des G 20-Treffens und im Gespräch mit Vertretern der Wirtschaft seine besonderen Stärken im Umgang mit internationalen und wirtschaftspolitischen Fragestellungen – Fähigkeiten, die er zur Bewältigung der innenpolitischen Herausforderungen in Südafrika wohl noch nicht überzeugend unter Beweis stellen konnte.

Klaus Brückner

DeSaFor – Newsletter

Ausgabe September 2021

Nachfolger*innen

Neue Leitungen der Deutschen Botschaft in Pretoria und des Generalkonsulats Kapstadt

Anfang September hat **Andreas Peschke**, bisher Leiter der Europaabteilung im Auswärtigen Amt die **Leitung der Deutschen Botschaft in Pretoria** übernommen.



Andreas Peschke

geboren am 19. Oktober 1969 in Dresden, verheiratet.
Studium der Afrikanistik in Leipzig, Köln und London.

- 1996 Eintritt in das Auswärtige Amt
- 1999 Deutsche Botschaft Nigeria
- 2002 Deutsche Botschaft Russland
- 2004 Europaabteilung AA
- 2006 Ministerbüro
- 2008 Stellvertretender Sprecher des AA
- 2009 Sprecher des AA
- 2013 Deutscher Botschafter in Kenia
- 2015 Beauftragter für Osteuropa, Kaukasus und Zentralasien
- 2018 Leiter der Europaabteilung des AA
- 2021 Deutscher Botschafter in Südafrika

In einem Gespräch mit Vorstandsmitgliedern und dem Geschäftsführer von DeSaFor vor seiner Ausreise wurde deutlich, dass der engagierte Europäer sich auf den Einsatz in Südafrika besonders freut. Seine im Studium der Afrikanistik in Leipzig, Köln und London erworbenen Kenntnisse über den Nachbarkontinent konnte er in seiner diplomatischen Karriere schon bei früheren Einsätzen in Nigeria und Kenia in der Praxis anwenden.

Mit dem Einsatz in Südafrika kehrt er sozusagen also noch einmal zu den Wurzeln seiner akademischen Ausbildung zurück. Und dazu noch in einer Zeit, in der das Land am Kap vor besonderen und in vielen Bereichen auch neuen Herausforderungen steht und in der Präsident und Regierung auf den Erhalt und den Ausbau vertrauensvoller internationaler Zusammenarbeit – gerade und besonders auch mit Deutschland – angewiesen zu sein scheinen. Andreas Peschke hat seine Wertschätzung für DeSaFor und den Vorstand sowie seine Bereitschaft erklärt, die von seinem Vorgänger Dr. Martin Schäfer gepflegte gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit fortzusetzen. Unser Vorsitzender Hans-Werner Bussmann hat sich dafür bedankt und seinerseits dem neuen Botschafter in Südafrika im Namen des Vereins die uneingeschränkte Unterstützung im Rahmen unserer Möglichkeiten zugesagt.

Einige Wochen zuvor hatte **Tanja Werheit** bereits die **Leitung des Generalkonsulats in Kapstadt** übernommen. Vor ihrer Ausreise konnten wir leider noch kein Gespräch mit ihr führen, haben aber vereinbart, dies baldmöglichst nachzuholen.



Tanja Werheit

Studium der Regionalwissenschaften Lateinamerika in Köln und Argentinien

- 2000 *Konferenzmanagerin Euroforum GmbH, Düsseldorf*
- 2002 *Persönliche Referentin des Koordinators für die deutsch-französischen Beziehungen im AA*
- 2003 *Referentin im Arbeitsstab Frankreich im AA*
- 2005 *Deutsche Botschaft Mexiko, Innen-, Sicherheitspolitik, Menschenrechte*
- 2008 *Deutsche Botschaft Dänemark, Wirtschaft und EU-Angelegenheiten*
- 2010 *Referentin im Planungsstab des AA*
- 2013 *Deutsche Botschaft Mosambik, Ständige Vertreterin des Botschafters*
- 2017 *Stellvertretende Referatsleiterin Wirtschaftsdiplomatie im AA*
- 2021 *Generalkonsulin Kapstadt/Südafrika*

Auch im Namen unserer Mitglieder wünschen Vorstand und Geschäftsführung des Deutsch-Südafrikanischen Forums Frau Generalkonsulin Tanja Werheit und Herrn Botschafter Andreas Peschke einen guten Start und eine allzeit glückliche Hand bei der Wahrnehmung ihrer schwierigen und wichtigen Aufgaben in Südafrika, viele interessante Begegnungen, gute Erfahrungen und schöne Erlebnisse.

DeSaFor – Newsletter

Ausgabe September 2021

„Annual Lecture 2021“ der Nelson Mandela-Foundation

In diesem Jahr hatte die Nelson-Mandela Stiftung *Mme Fatou Bensoua* eingeladen, die „Annual Lecture“ zu Nelson Mandelas Geburtstag zu halten.

Die aus Gambia stammende und international hoch anerkannte ehemalige Chefanklägerin des Internationalen Strafgerichtshofes (ICC) leitete ihren Vortrag zum Thema: „*Rechtsstaatlichkeit, Strafjustiz und Nachhaltige Entwicklung*“ mit ihren Kindheitserinnerungen an die „Legende Nelson Mandela“ ein, die sie als junge Aktivistin motiviert hätten, sich für Menschenrechte einzusetzen.

Die Beziehungen zwischen Rechtsstaat, Strafgerichtsbarkeit und nachhaltiger Entwicklung seien nicht spannungsfrei. Nicht selten werde gefordert, „um des Friedens willen“ der Entwicklung Vorrang zu geben und die Gerechtigkeit hinten zu stellen indem man Verbrechen gegen Menschen ungesühnt lasse. Für *Mme Bensoua* gibt es aber keine Wahl, wenn man beides erreichen wolle: „*Ohne Gerechtigkeit kein Frieden*“.

Deshalb seien die Justiz im allgemeinen und insbesondere der ICC beim Streben nach Frieden, Gerechtigkeit und nachhaltiger Entwicklung unverzichtbar, das sei international anerkannt: „*In Ziel 16 der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung werden drei Schlüsselemente genannt, nämlich: Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen.*“

„*Frieden ist nicht alles, aber alles ist ohne den Frieden nichts.*“ (Willy Brandt)

Obwohl Konflikte in zwischenmenschlichen Beziehungen allgegenwärtig seien, wünschten sich die meisten Afrikaner bei aller ethnischen und sprachlichen Heterogenität einen wohlhabenden, friedlichen Kontinent, auf dem Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte geachtet und gefördert würden.



Menschen würden verzweifeln, wenn Regierungen ihnen keine menschliche Sicherheit und Entwicklung garantieren, die sozialen und wirtschaftlichen Herausforderungen nicht bewältigen könnten oder in Scheindemokratien die gesellschaftliche Teilhabe großer Teile der Bevölkerung geradezu verhinderten. Mit wachsender Verzweiflung wachse auch die Gefahr, dass sich die Menschen von ihrem Staat abwenden und sich in traditionelle Stammes- und Religionsgemeinschaften zurückziehen oder in den trügerischen Schutz von Anführern begeben, die mit Gewalt den Zusammenbruch von Recht und Ordnung betreiben und Gesellschaften spalten.

Weil insbesondere in Afrika Habgier zu Lasten dieser Menschen und die Straflosigkeit von Verbrechen gegen sie dem Streben nach dauerhaftem Frieden entgegenstünden, komme dem ICC deshalb eine große Bedeutung zu. Er setze der Straflosigkeit ein Ende und trage mit Urteilen in Präzedenzfällen auch zur Verhinderung von Verbrechen bei. Es gelte, die Verursacher neopatrimonialer Politik und gerontokratischer Regime mit ihrem überholten und gegen die eigene Bevölkerung gerichteten Staatsverständnis zur Verantwortung zu ziehen.

Mandela habe von einer Nation geträumt, in der Frieden und Freiheit die Grundlagen für eine moderne Demokratie zum Wohle der Menschen sei. Diese Botschaft habe eine weltweite Ausstrahlung gehabt. Die jüngsten Ereignisse in Südafrika hätten die Dringlichkeit verdeutlicht, alle Kraft auf die Schaffung integrierter Gesellschaften zu richten.

Transformation und systemischer Wandel müssten sich dabei am Leitbild der Nachhaltigkeit orientieren. Reformen müssten alle erreichen und dürften niemanden zurücklassen – gerade auch nicht diejenigen, die am Rande stehen.

„*In einer Welt, in der wir lernen müssen, trotz unserer Unterschiede in gegenseitigem Respekt zu koexistieren, müssen wir auch lernen, Generationszyklen als eine Form der Katharsis zu durchbrechen.*“

Mit diesem Appell untermauert *Mme Bensoua* ihren Vorschlag für einen ‚neuen Gesellschaftsvertrag‘, der vor allem jungen Menschen Teilhabe und Mitentscheidung ermöglichen müsse, denn es gehe vorrangig um Zukunftsfragen und damit um die kommenden Generationen.

Ein solch neuer Gesellschaftsvertrag müsse Konvergenz, Solidarität und Kooperation zwischen Regierungen und der Zivilgesellschaft regeln und sichern. Als Garanten für seine Umsetzung seien bessere und stärkere rechtsstaatliche Institutionen erforderlich, die mit verantwortlichem und transparentem Handeln das Vertrauen der Menschen in den Staat rechtfertigen (Agenda 2030; Ziel 16). Die Weltgemeinschaft und alle Staaten seien verpflichtet, Unabhängigkeit, Unparteilichkeit und Rechtsstaatlichkeit von Institutionen und damit den Zugang der Menschen zu Gerechtigkeit zu gewährleisten.

Die Juristin und Menschenrechtsaktivistin *Fatou Bensoua* tritt auch nach Beendigung ihrer Tätigkeit als Chefanklägerin beim ICC für die Anwendung der völkerstrafrechtlichen Prinzipien des *Römischen Statuts* (Satzung des ICC) ein und begründete in ihrer Rede überzeugend die Bedeutung der Überwindung der Straflosigkeit von Völkerrechtsverbrechen für den Frieden und die Gewährleistung von Menschen- und Bürgerrechten weltweit.

Klaus Brückner

(Den vollständigen Text der Rede finden Sie [hier](#))

DeSaFor – Newsletter

Ausgabe September 2021

Was sonst noch wichtig ist...

ANC: Stell' Dir vor, eine Partei kämpft um ihr Überleben und vergisst, ihre Kandidaten für wichtige Kommunalwahlen zu registrieren...

Wenn es nicht tragisch und für den einst stolzen ANC so dramatisch wäre, könnte man es für eine Posse halten:

Kommunalwahlen in Südafrika – ein Test für die Stimmung im Land und in bewegten Zeiten natürlich

auch ein Test für die Staatsregierung und den sie tragenden *African National Congress* (ANC). Die Partei, die nach der Befreiung von der Arbeit über viele Jahre auf Zweidrittel-, manchmal sogar Dreiviertelmehrheiten der Stimmen bei Wahlen rechnen konnte, kämpft seit einigen Jahren vor allem in den Kommunen um ihr Überleben.

Oft wurde der ANC in der Vergangenheit zu eigentlich verpönten Koalitionen gezwungen. 2016 fielen die Bürgermeisterposten in Johannesburg, Tshwane (Pretoria) und Nelson Mandela Bay (Port Elizabeth u.a.) bereits an die *Democratic Alliance* – ein Alptraum für den siegverwöhnten ANC.

Und nun – mitten in der schwersten Krise des ANC im internen Machtkampf mit korrupten Parteiliten mit einem wegen Missachtung von Gerichten zu einer Beugehaft verurteilten ehemaligen Präsidenten Jacob Zuma – mitten in dieser Krise versagen die Organisationsstrukturen:

Der ANC hat es in 35 der landesweit 257 Kommunen versäumt, seine Kandidaten fristgerecht zu den Kommunalwahlen Ende Oktober registrieren zu lassen.

Der von der ANC-Spitze massiv unterstützte Versuch der Unabhängigen Wahlkommission (IEC), den Wahltermin mit Hinweis auf die Behinderungen der Vorbereitungen durch die Covid-19-Pandemie zu verschieben, wurde Anfang September vom Verfassungsgericht gestoppt. Die Wahlen müssen nach dem Beschluss des obersten Gerichtes in dem von der Verfassung vorgegebenen Zeitraum und damit voraussichtlich am 1. November stattfinden.



Die anderen Parteien hatten sich – so ihre Sprecher – frühzeitig vorbereitet und ihre Kandidaten landesweit registrieren lassen, so auch die *Economic Freedom Fighters* (EFF), die dennoch eine Verschiebung unterstützten, weil sie Zweifel an einer ordnungsgemäßen Durchführung haben. Die Hoffnung der Wettbewerber allerdings, dass der ANC wegen seiner Versäumnisse nun in vielen Kommunen – darunter Durban, Pretoria und Kapstadt gar nicht antreten könne, hat sich nach Bekanntwerden der Urteilsbegründung als trügerisch erwiesen:



Dem ANC wurde durch in der Begründung des Urteils am Ende noch eine Chance eingeräumt. Das Verfassungsgericht hat der Wahlkommission erlaubt, die Registrierungsmöglichkeit für Kandidaten noch einmal zu öffnen.

Klaus Brückner

„Lilisleaf“ muss aufgeben

Als der im April 2020 verstorbene Denis Goldberg im Jahr 2002 nach Südafrika zurückgekehrt war, in das Land, für dessen Freiheit er sein Leben eingesetzt, 22 Jahre inhaftiert und schließlich ins Exil nach London abgeschoben wurde, hatte er einen Traum:

Die „Lilisleaf-Farm“ in Rivonia, der Ort, an dem er gemeinsam mit hochrangigen ANC-Aktivisten verhaftet worden war und der dem für Nelson Mandela, sechs weiteren ANC-Führern und ihm selbst verhängnisvollen „Rivonia-Prozess“ im Jahr 1963 den Namen gab, sollte eine Gedenkstätte für den erfolg-



reichen Freiheitskampf werden.

Mit viel Mühe und Engagement hat er die Idee gemeinsam mit

vielen anderen Akteuren verwirklicht. Die Farm wurde sorgfältig restauriert und als Museum mit einem eindrucksvollen Archiv des Freiheitskampfes 2008 in Gegenwart von Denis Goldberg eröffnet. Seither wurde das Museum von der Regierung mit insgesamt 70 Mio Rand unterstützt.

Anfang September dieses Jahres hat nun das zuständige Ministerium für Sport, Kunst und Kultur die „Reißleine gezogen“ und seine Zahlungen eingestellt. Offenkundig konnte das Management die ordnungsgemäße Verwendung eines Zuschusses von rd. 8,1 Mio Rand für wichtige Renovierungen nicht nachweisen.

Nun ist das Museum zunächst geschlossen und seine Zukunft ist ungewiss.

Klaus Brückner